

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 184 (2018)
Heft: 3

Artikel: Trumps Aussen- und Sicherheitspolitik
Autor: Schilling, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-772500>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Trumps Aussen- und Sicherheitspolitik

Wer die Aussen- und Sicherheitspolitik des seit dem 20. Januar 2017 amtierenden U.S.-Präsidenten Donald Trump vor dem Hintergrund der Entwicklung des internationalen Systems skizziert, darf nicht übersehen, dass sein Vorgänger Barack Obama nach achtjähriger Amtszeit ein machtpolitisch geschwächtes Land und zahlreiche ungelöste Probleme hinterlassen hat.

Walter Schilling

In dieser Epoche sind auch Erwartungen an die künftige Politik der USA entstanden, die der aktuelle Präsident nicht erfüllt oder nicht erfüllen will. Zudem hat sich in den Vereinigten Staaten von Amerika ein machtvolleres System des Widerstands im U.S.-Kongress, in Teilen der Gesellschaft und in den Medien herausgebildet, das darauf aus ist, mit allen Mitteln das Vorgehen der Trump-Administration zu bekämpfen und ihre Sicht der Dinge durchzusetzen.

Russland als Herausforderung

Besonders augenfällig ist der Widerstand seitens der Anhänger der alten Administration mit Blick auf die mögliche Politik Trumps gegenüber dem machtpolitisch wieder aufstrebenden Russland. Angesichts der gravierenden Fehleinschätzungen und der problematischen Vorgehensweisen der Obama-Administration im Konflikt um die politische Orientierung der Ukraine sowie der starken Position, die Russland im Zuge dieses Konflikts errungen hat, wird es für die Regierung Trump keine leichte Aufgabe werden, einen sinnvollen Neuanfang zu finden und die amerikanischen Interessen wirkungsvoll zur Geltung zu bringen. Zum einen sind die USA in diesem Fall ebenso wie ihre europäischen Partnerländer in eine prekäre Demandeur-Position gegenüber Russland geraten. Zum anderen wird es angesichts der Polarisierung in den USA selbst und der hohen Professionalität der russischen Kontrahenten unkonventioneller Vorgehensweisen bedürfen, um aus dieser schwierigen Situation wieder herauszukommen.

Naher und Mittlerer Osten

Wie in Osteuropa, hat die Obama-Administration auch in der Krisenregion des

Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas eine prekäre Lage hinterlassen. Von den Fehleinschätzungen der früheren U.S.-Regierung sowie dem Bestreben Obamas, um jeden Preis ein starkes militärisches Engagement zu vermeiden, konnten vor allem Russland, die Regime des Iran und Syriens und nicht zuletzt die islamistischen Terrorgruppen profitieren. Dank des «Self-Containment» und der ungeordneten Rückzüge der USA sieht sich die Regierung Trump einer gefährlichen Destabilisierung der Krisenregion Nahost gegenüber. Vor allem mit Blick auf das

«Dank des «Self-Containment» und der ungeordneten Rückzüge der USA sieht sich die Regierung Trump einer gefährlichen Destabilisierung der Krisenregion Nahost gegenüber.»

weiterhin nach Nuklearwaffen strebende Mullah-Regime in Teheran und die zunehmende existentielle Bedrohung des Staates Israel ist die Trump-Administration mit einer Herausforderung konfrontiert, der man nur schwer begegnen kann. Ungeachtet des am 14. Juli 2015 in Wien geschlossenen Atomabkommens setzt der Iran sein militärisches Nuklearprogramm verdeckt fort und stellt durch direkte militärische Beteiligung sowie durch die massive Unterstützung zahlreicher Terrorgruppen die Sicherheit der Nahostregion in Frage. Dabei ist bemerkenswert, wie konsequent die Regierungen der EU-Länder die Tatsache verschweigen, dass die Inspektoren der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) keinen Zugang zu den iranischen Militärbasen haben, auf

deren Gelände die Nuklearrüstung stattfindet. Gleichwohl sind den meisten westlichen Geheimdiensten die Organisationsstruktur, die Aktivitäten und die Fortschritte der Iraner auf dem Gebiet der Nuklearrüstung wohlbekannt.

Asiatisch-Pazifischer Raum

In dem immer wichtiger werdenden Asiatisch-Pazifischen Raum gelang es der Regierung Obama trotz enormer Anstrengungen nicht, das mit grosser Umsicht und Beharrlichkeit nach Dominanz strebende China einzudämmen. Und aktuell demonstriert China mit seiner neuen «Seidenstrassen-Strategie», wie weit seine Macht schon reicht und welche Dynamik über den Asiatisch-Pazifischen Raum hinaus damit verbunden ist. Die Trump-Administration sieht sich ebenso dem aggressiven und unberechenbaren Nuklearstaat Nordkorea gegenüber, der noch nicht in ein sicherheitspolitisches Rahmenwerk eingeordnet werden konnte.

Suche nach Antworten

Wenngleich der von Donald Trump immer wieder gebrauchte Slogan «America First» auch für die Aussen- und Sicherheitspolitik zu gelten scheint, lässt sich bislang nicht so ohne weiteres belegen, dass der U.S.-Präsident die nationalen Interessen Amerikas enger definiert. Seine bisherigen Schritte im Bereich der Aussen- und Sicherheitspolitik deuten aber an, dass sich Trump klar von seinem Vorgänger Barack Obama absetzen will. Dies zeigen nicht nur zusätzliche Investitionen in die Verteidigung und eine restriktivere Politik gegenüber Kuba, sondern auch die konsequenten Forderungen an die europäischen NATO-Länder, die bereits im Jahre 2014 beim NATO-Gipfel in Newport (Wales) zugesagte Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu leis-



Präsident Obama gratuliert Präsident Trump nach der Vereidigung (Januar 2017).

Bild: CNN.com (screenshot)

ten. Zwar hat es Präsident Trump nicht geholfen, den Europäern gelegentlich mit der Relativierung der Bündnisverpflichtung gemäss Artikel 5 des NATO-Vertrages zu drohen.

Positionssuche

Mit Blick auf das künftige Verhältnis zu Russland neigt Trump gleichwohl dazu, einen anderen Kurs einzuschlagen als sein Vorgänger. Es widerstrebt dem aus dem Bereich der Wirtschaft kommenden U.S.-Präsidenten allerdings, dem machtpolitisch aufstrebenden Russland aus einer Position der Schwäche gegenüberzutreten. Darüber hinaus enthüllten bereits die ersten Versuche der Trump-Administration, die eigenen aussen- und sicherheitspolitischen Interessen beim Konflikt um die

Beziehungen zu Russland zu normalisieren, um die Kooperation der politischen Führung Russlands bei einer Reihe von wichtigen Problemen sicherzustellen, die das Risiko einer unabsichtlichen Konfrontation in sich tragen. Eine kohärente Strategie hierfür ist derzeit noch nicht sichtbar.

Andere Herangehensweise

Immerhin hat Trump in der Aussen- und Sicherheitspolitik gegenüber dem Nahen Osten eine andere Herangehensweise gewählt als sein Vorgänger. Nicht nur seine Kritik am Atomabkommen mit dem Iran und ein besseres Verhältnis zum bedrängten Staat Israel prägen die Haltung der Trump-Administration gegenüber der Nahostregion. Bei seiner ersten Auslandsreise hat Trump auch den Versuch unternommen, mit bedeutenden sunnitisch geprägten arabischen Staaten eine regionale Partnerschaft zu initiieren, die sich klar gegen die Machtansprüche und die aggressive Politik des schiitischen Iran und seiner Bundesgenossen richtet. Die umfangreichen Waffengeschäfte mit Saudi-Arabien sind dabei nur ein Aspekt der Neuausrichtung amerikanischer Sicherheitspolitik.

Die Übernahme einer aktiveren Rolle der USA im Nahen Osten und die gegen das Mullah-Regime im Iran zielende Diplomatie dürften sich in nächster Zeit konkretisieren.

Die am 6. Dezember 2017 getroffene Entscheidung des U.S.-Präsidenten, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen und die U.S.-Botschaft gemäss dem Beschluss des U.S.-Kongresses vom 23. Oktober 1995 von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen, löste zwar in der islamischen Welt eine Welle der Empörung aus. Die sunnitischen arabischen Länder bleiben jedoch sicherheitspolitisch auf die USA angewiesen, wenn sie sich gegen den schiitischen Iran behaupten wollen.

Wie weit Trump einen gewissen Einfluss auf das Ringen um Syrien zurückgewinnen kann, steht dahin. Seine ersten Aktionen in diesem Bereich, die Bombardierung der syrischen Luftwaffenbasis Sheirat mit Marschflugkörpern – als Antwort auf den Chemiewaffeneinsatz durch die syrische Luftwaffe auf einen von Rebellen bewohnten Ort – und der Abschuss eines syrischen Kampfflugzeuges bei Rakka brachten keinen nachhaltigen Erfolg. Es wird für die U.S.-Administration darauf ankommen, künftig überlegter vorzugehen, wenn sie sich die Möglichkeit erarbeiten will, aktiv an den diplomatischen Bemühungen zur Regelung des Konflikts um Syrien teilzunehmen und den Russen nicht allein das Feld zu überlassen.

Handlungsoptionen

Wie schon seinem Vorgänger, so ist auch Trump bewusst, dass der Asiatisch-Pazifische Raum für die Sicherheit der USA eine herausragende Bedeutung hat. Nicht nur die beständig wachsende Militärmacht und Handlungsbereitschaft Chinas veranlassten die Trump-Administration, ihre aussen- und sicherheitspolitischen Handlungsmöglichkeiten im Bereich des Pazifik zu verbessern. Auch die aggressive Politik des militärisch hoch gerüsteten und unberechenbaren Nuklearstaats Nordkorea sucht Trump entschlossener zu konterkarieren als sein Vorgänger. Mit der massiven Präsenz schlagkräftiger Streitkräfte und der gelegentlich angedeuteten Interventionsdrohung werden jedoch keine nachhaltigen Erfolge zu erzielen sein. Es war in diesem Zusammenhang sicher ein richtiger Schritt von Trump, einen intensiven Dialog mit der politischen Führung Chinas zu führen sowie die bestehenden Bündnisse mit Japan und Südkorea zu befestigen.

Angesichts der hohen Risiken eines militärischen Vorgehens der USA gegenüber Nordkorea suchen die Entschei-

«Wie weit U.S.-Präsident Trump einen gewissen Einfluss auf das Ringen um Syrien zurückgewinnen kann, steht dahin.»

Ukraine durchzusetzen oder etwa im syrischen Bürgerkrieg militärisch gegen das von Russland unterstützte Assad-Regime einzugreifen, dass man es auf der russischen Seite mit Professionals zu tun hat, die noch immer das Gesetz des Handelns bestimmen. Es bleibt gleichwohl richtig, den Versuch zu unternehmen, die

dungsträger in Washington, eine härtere wirtschaftliche Blockade dieses Landes zu erreichen. Ob dies mit den UN-Resolutionen zur Verschärfung der Wirtschafts-Sanktionen gelingt, ist eher fraglich. Bei den von China vermittelten diplomatischen Kontakten zwischen den USA und Nordkorea dürfte die Trump-Administration wohl kaum um die Anerkennung des Regimes in Pjöngjang als Nuklearmacht herumkommen.

Konsequenzen für die Europäer

Betrachtet man die politischen Handlungsmöglichkeiten der USA vor dem Hintergrund des derzeitigen Wandels im internationalen System, so sollte man keine allzu grossen Erwartungen hegen. So stehen Trump etwa im Konflikt um die Ukraine kaum direkte Machtoptionen zur Verfügung. Und der Plan der U.S.-Regierung, moderne Panzerabwehrwaffen an Kiew zu liefern, wird seine Wirkung verfehlen und Moskau zusätzliche diplomatische Vorteile verschaffen. Die Europäer werden sich also angesichts der widersprüchlichen Massnahmen des ame-

rikanischen Präsidenten und ungeachtet der von grossen Teilen des U.S.-Kongresses vertretenen harten Positionen da-

«Mit Blick auf den Stellenwert der NATO sollten die Europäer nicht mehr davon ausgehen, dass die USA automatisch bei jedem aufkommenden Problem eingreifen.»

rauf einrichten müssen, ihre Vorstellungen in Bezug auf die Ukraine neu zu definieren.

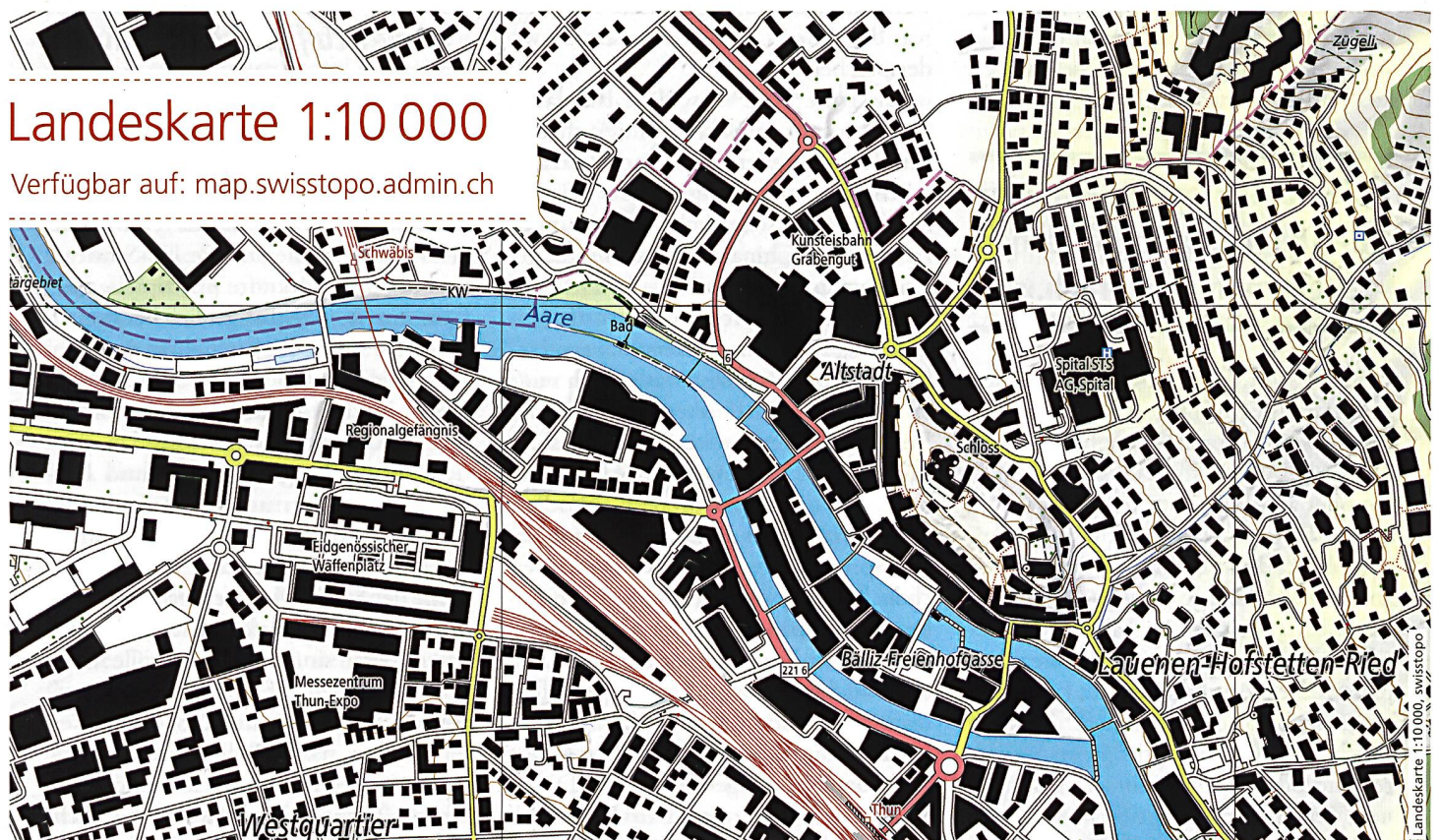
Mit Blick auf den Stellenwert der NATO sollten die Europäer nicht mehr davon ausgehen, dass die USA automatisch bei jedem aufkommenden Problem eingreifen, sondern danach fragen, was die Europäer selbst für ihre Sicherheit tun können. Dies gilt erst recht für jene Probleme, denen sich

die Europäer bislang nicht ausreichend gewidmet haben. Die Wahrnehmung des Schutzes der Aussengrenzen der EU gegenüber der illegalen Zuwanderung gehört in diesen Kontext.

Auch an die freundliche Haltung der Trump-Administration zu Israel und den damit verknüpften Konsequenzen für die internationale Politik werden sich die Regierungen in Europa anpassen müssen. Die derzeit sichtbare pro-iranische und dezidiert anti-israelische Politik einiger EU-Staaten wird ihren Preis haben. Im Übrigen gibt es mit Blick auf die Sicherheit für Europa keine Alternative zu den USA. Die Europäer sollten daher auf jeder Ebene mit den USA im Gespräch bleiben, einen «kühlen Kopf» bewahren und versuchen, ihre Interessen zur Geltung zu bringen. ■



Oberst i Gst a D
Walter Schilling
Dr. phil.
Freier Publizist
I-39012 Meran (Bz)



Landeskarte 1:10 000

Verfügbar auf: map.swisstopo.admin.ch



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Landestopografie swisstopo
www.swisstopo.ch

Weitere Infos: swisstopo.ch/lk10